

Informationsbroschüre zur Informationsveranstaltung
Contra Windindustrieanlagen
am 2. September in der Gemeindehalle Meddersheim
mit den Vorträgen der Referenten
in einer kurzen Zusammenfassung.

Referenten:

Uwe Anhäuser (Harte Fakten)

Sascha Diepmans (Immobilienwert)

Dr. Michael Altmooß (Umwelt)

Dr. Silke Bender (Landschaftsaesthetik)

Uwe Pilgram (Kommunalrecht / Finanzen)

Silke Müller-Althausen (Regionale Aspekte / Tourismus / Naturschutzinitiative)

Sonja Ott (Persönliche Betrachtungen)

Moderation: Roland Zick

Das Schlußwort in dieser Broschüre hat ein Jurist, der sich sehr in die Materie vertieft hat, aber leider aus terminlichen Gründen nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte.

Kurzfassung/Zusammenfassung des Vortrages von Uwe Anhäuser:

Die von Politikern so gern als „Säulen der Energiewende“ verklärten Technologien Windkraft und Photovoltaik tragen zusammen gerade einmal zwei Prozent zur Deckung unseres Energiebedarfs bei. Wollte man auch nur ein Viertel des Strombedarfs aus Windkraft decken, so müsste über ganz Deutschland hinweg alle acht Kilometer ein „Windpark“ mit zehn Anlagen errichtet werden. Doch selbst mit solch einem massiven Ausbau, der Mensch und Natur keine Rückzugsräume mehr ließe, wären nur knapp fünf Prozent der Energieversorgung gewährleistet. Denn der elektrische Strom macht nur 20 Prozent des Gesamt-Energiebedarfs aus – und ein Viertel eines Fünftels ist halt bloß ein Zwanzigstel – also gerade einmal fünf Prozent.

Für die Sättigung dieses Zwanzigstels unseres Energiehungers lassen wir zu, dass unsere Landschaft in einem solchen Umfang verunstaltet und unser ländlicher Lebensraum in einem solchen Ausmaß beeinträchtigt wird wie noch nie zuvor, seit Menschen auf dieser Erde leben.

Dabei geht es um das ganz große Geschäft mit der Windkraft – und folglich geht es in erster Linie ums Geld. Zum Abschöpfen immenser Gewinne werden demokratische Grundsätze ausgehebelt. Und durch den Gebrauch antiquierter Regelwerke wie des Baugesetzbuchs mit seinem ominösen Paragraphen 35 oder mithilfe der längst unzeitgemäßen TA Lärm als absolut ungeeignetem Bemessungsmaßstab für Rotorenlärm und Infraschall wird der immer stärker anwachsende Bürgerprotest durch Behörden im Zaum gehalten. Wie lange noch?

Inzwischen wird immer deutlicher, dass viele arme Gemeinden des ländlichen Raums, die ihre Gemarkungen gegen vermeintlich „gutes Geld“ und verlockende Gewinne an die Windindustrie verpachten, in spätestens zehn Jahren das Nachsehen haben werden, wenn sich die sogenannte „Energiewende“ als ein tatsächliches Billionengrab für die deutsche Energiewirtschaft entpuppt haben wird.

*Uwe Anhäuser ist der Vorsitzende vom **Bündnis Energiewende für Mensch und Natur**,
weitergehende Informationen unter folgendem Link: <http://www.energie-mensch-natur.de>*

Kurzfassung/Zusammenfassung des Vortrages von Dr. Michael Altmöos:

Der ökologische Blick mit grundlegenden Zusammenhängen:

Windkraft zerstört viel mehr als sie nutzt !

Bei Windrädern sieht man zunächst keinen Schadstoffausstoß und Wind ist „erneuerbar“, weshalb sie von Vielen traditionell als sauber angesehen werden. Doch das ist bei näherem Blick und in Kenntnis weiterer Zusammenhänge falsch! Weil der Windstrom unregelmäßig (= fluktuierend, volatil) ist, werden (große) Speicher benötigt, um auch an den häufigen windarmen Tagen Strom zu haben. Die Speicher gibt es aber nicht im benötigten Umfang, andere Verteil- und Pufferkonzepte stecken noch in den Kinderschuhen und marktfähige Lösungen sind nicht in Sicht. Daher müssen auch jetzt trotz oder gerade wegen der Windkraft alte Kraftwerke (Kohle, Atom) ineffizient weiterlaufen, oft sogar mehr als zuvor, nur halt oft woanders. **Windenergie ersetzt also NICHT Atom/Kohle.**

Zudem ist die Effizienz von Windstromgewinnung relativ niedrig, der Wind weht gerade im Naheland oft nicht so stark. Folglich wird hiermit auch **kaum CO₂ eingespart** – dem Klima und einer Energiewende wird durch Windenergie hier wenig geholfen.

Gleichfalls muss **Natur umfassend** und vernetzt gesehen muss (Ökologie!), auch wenn es einmal Speicher gäbe. Es ist generell eine dramatische und nicht hinnehmbare Zerstörung, wenn für (wenig) CO₂-Einsparung durch Windkraftindustrie ganze Landschaften und viele Menschen, Lebensräume, viele Tiere (besonders Vögel, Fledermäuse) sowie Wälder, Biotopkomplexe oder Grünlandssysteme beeinträchtigt werden, die ihrerseits hoch bedeutend und nicht weniger wichtig als Klimafragen sind und die dann aber auch selbst und teils schwerwiegend dem Klimaschutz fehlen. Es geht ums Ganze! **Landschaften** sind dabei keine bloße Geschmacksfrage, sondern zentral wichtig. Es gibt wissenschaftlich belegt eine nachvollziehbare Ästhetik, die durch Großanlagen brutal unterbrochen wird und für viele Menschen zu großen Wohlfühlverlusten führt, aber auch Indikator für die vielschichtige Zerstörungswirkung in der Natur ist – übrigens auch für natursuchenden Tourismus, ein wichtiger Wirtschaftszweig. Auch Ergebnisse der naturwissenschaftlichen landschaftsökologischen Forschung zeigen, dass große unverbaute Freiräume auch jenseits gerade aktueller Tierarten-Vorkommen oder gegenwärtiger Nistplatzabstände mit einem entsprechenden Biotopverbund zentral für „Biodiversität“ ist – eine Aufgabe, die auch nicht weniger wichtig als Klimaschutz ist.

Die durch Windkraftanlagen nur kleine direkt überbaute Fläche darf dabei nicht darüber hinweg täuschen, dass ihre Raumwirkung und Landschafts-Zerstörung sehr groß, brutal und weit wirkend ist. Generell muss bei Windkraft also **in viel größeren Räumen gedacht** und koordiniert werden als heutzutage üblich. Das kleinteilige Planungs-Denken auch hier im Naheland führt schnell in die gesamtregionale Landschaftszerstörung für Alle.

Zu berücksichtigen ist auch die bisherige **Maßlosigkeit** des schon bestehenden Windkraftausbaues. In Deutschland stehen schon 26.000 Anlagen. Und schon heute gibt es in Rheinland-Pfalz kaum noch große windkraftfreie Räume. Das ist bereits mehr als genug! Das (noch) windkraftfreie Naheland ist heute einer der letzten Freiräume und damit eine überregionale Besonderheit – auch für Qualitätstourismus und für die Natur. Deshalb wäre jedes neue Windrad, das diesen Qualitäts-Raum

unterbricht, eines zu viel. Außerdem kann man nicht die Maßlosigkeit, mit der die Energie- und Umweltprobleme erst entstanden sind, durch die jetzt anderweitige Maßlosigkeit des immer weiteren Verbaues mit Großwindanlagen in bisher relativ unzerstörter Landschaft lösen.

Bessere Lösungen sind gefragt und möglich, mittelfristig als notwendige Alternativen zu Atom/Kohle, und auch jetzt zur auf eigene Weise insgesamt schwerwiegend zerstörerischen Windkraft, die demzufolge nicht einfach das kleinere Übel zu Atom/Kohle ist und deshalb eher rückgebaut als weiter ausgebaut gehört: Das sind z.B. vor allem achtsamere Wirtschaftsweisen, besserer Naturschutz (intakte Lebensräume), zur Stromerzeugung die behutsame Kombination anderer (regenerativer) Energien, übergangsweise auch flexible und effiziente Gaskraftwerke, Fokus mehr auf Wärme- und Verkehrsthemen (dort viel mehr CO₂-Relevanz als bei Stromerzeugung) sowie auf Landwirtschaft (dortiger Methan-Ausstoß mindestens so relevant wie die CO₂-Frage), moderne Effizienztechnologien, vor allem aber auch Einsparungen und eine generelle Abkehr vom „immer mehr“ des Wachstumsdenkens.

Kurzum: Windkraft ist ineffizient und naturzerstörerisch / Es gibt bessere Lösungen für Energiewende, Natur und auch das Klima.

Daher: **Stopp und Moratorium dem Windradausbau** / Jedes neue Windrad ist eines zu viel.

Dr. Michael Altmöos ist Dipl.-Biologe (Universität Marburg, Naturschutz) und Dr. rer. nat. (UFZ+Uni Leipzig: Geografie). Seit dem Studium ist er in Forschung, Praxis und Bildung zum Naturschutz quer aktiv. Er leitet gemeinsam mit seiner Frau das Museum für Naturschutz (Nahe der Natur) in Staudernheim, www.nahe-natur.com / Kontakt zur Vertiefung : michael.altmoos@nahe-natur.com / Ruf 06751-8576370.

Unter www.freinatur.net/Windkraft/ findet man eine Themenseite des Museums mit viel Fachmaterial, unter anderem auch weitere Blickwinkel zum Thema Windkraft.

Kurzfassung/Zusammenfassung des Vortrages von Dr. Sabine Bender:

Die Errichtung und der Betrieb von Windindustrieanlagen bleiben nicht ohne Folgen für unsere Tierwelt. Vor allem Großvögel, Fledermäuse und Wildkatzen sind hier betroffen. Aktuelle Studien zeigen, dass bei den Vögel inzwischen nicht mehr nur Rotmilan oder Schwarzstorch betroffen sind. Auch häufige Arten, wie der Mäusebussard, sind gefährdet. Bei weiterem WEA-Ausbau drohen Belastungen der gesamten Populationen.

Derzeit sterben geschätzt 250.000 Fledermäuse pro Jahr in den Windparks. Als waldlebende Tiere, die über freien Flächen jagen, sind sie besonders durch die Anlagen in den Wäldern aber auch auf den Offenlandstandorten betroffen.

Bei weiterem WEA-Ausbau droht auch den Wildkatzen Gefahr. Als gehörorientierte Jäger können sie durch Geräusche in ihrem Jagdverhalten beeinflusst werden. Baumaßnahmen und hohes Menschenaufkommen können ihre Fortpflanzungsstätten gefährden. Die Zerschneidung der Wälder zerstört Wildtierkorridore und verhindert damit die Wanderung der Wildkatzen.

Dr. Sabine Bender ist Tierärztin und betreibt eine Tierarztpraxis in Hohenöllen, weitere Informationen unter folgendem Link: <http://www.tierarztpraxis-bender.de/>

Kurzfassung/Zusammenfassung des Vortrages von Uwe Pilgram:

Wirtschaftliche und rechtliche Aspekte

Eine kleine Übersicht

Eine "Energiewende" zur Rettung des Klimas? Besser wäre es von einer "Stromwende" oder einem "Umbau des Stromsystems" zu sprechen. Die negativen Auswirkungen dieser "alternativlosen" Therapie für die Klimaerwärmung werden immer offensichtlicher. Bisher ganz besonders durch Windkraftanlagen. Bei ihnen wird die ganze Sinnlosigkeit des Projekts sichtbar und spürbar. Vom Schutz für Menschen, Tieren, Umwelt, Natur und Landschaft ist kaum mehr zu hören. Die Zahl der Proteste wächst und hin und wieder gelingt es Bürgerinitiativen sogar, den Bau von WKAs zu verhindern. Dies sind sehr wichtige Aktionen. Sie zeigen auf, dass jeder, der sich den Ideologen entgegenstellt, kein einsamer Spinner, sondern ein verantwortungsbewusst handelnder Bürger ist.

Unsere Eliten geben sich engagiert und kenntnisreich. So sagte Jürgen Gerdes, Vorstandsmitglied der Deutschen Post, neulich in einem Interview mit dpa zum **Thema Elektromobilität**, es gäbe bereits Nachfrage **von Kommunen**, die ihre **städtischen Fahrzeugflotten** umstellen und so die **wachsende CO2-Belastung** in den **Innenstädten reduzieren** wollen. Kommentar überflüssig.

Es ist viel Geld im Spiel. 2015 wurden die für jede Kilowattstunde "sauberen" Stroms durchschnittlich eine Subvention von 14,9 Cent an die Betreiber der "Kraftwerke" bezahlt. Insgesamt wurden so 24,2 Mrd. EUR ausgeschüttet. 24,2 Mrd. EUR, die von den Stromverbrauchern als "Zuschlag nach dem EEG" zusammen mit weiteren Zuschlägen für Ausbau und Betrieb des Stromnetzes, Offshore-Risiken und für "Abschaltbare Lasten" einkassiert wird. Von den 24,2 Mrd. EUR flossen zu Windparks an Land etwas mehr als 5 Mrd. EUR, zu den Windparks auf See gingen 1,3 Mrd. EUR. Wie gesagt: im dem einen Jahr 2015.

Das sieht ja alles nach einem guten Geschäft für die Betreiber von Windparks aus. Das stimmt auch. Aber nur für Windparks an Land und nur an Standorten, wo der Wind fleißig weht. Und nur weil auch Windstrom an Land mit durchschnittlich 7,2 Cent/kWh hoch subventioniert ist. Auf See übrigens mit 15,4 Cent/kWh, dem 5-fachen des durchschnittliche Preises an der Strombörse.

Windfarmen in Rheinland-Pfalz sind ein riskantes Geschäft

Betrachtet man die Produktion von Windstrom für 2014 in den einzelnen Bundesländern, sieht es wirklich gut nur in Schleswig-Holstein aus. Hier eine kleine Tabelle mit den sog. Volllaststunden, die ein gutes Maß für einen Vergleich der windbedingten Effizienz der Windräder sind.

Bundesland	2011	2012	2013	2014
Schleswig-Holstein	2.025	2.075	1.899	1.934
Bayern	1.560	1.566	1.489	1.496
Rheinland-Pfalz	1.403	1.503	1.416	1.434
Baden-Württemberg	1.252	1.315	1.193	1.171

Eine Windfarm hat in Rheinland-Pfalz 2014 durchschnittlich nur 75% des Stroms erzeugt wie in eine Farm in Schleswig-Holstein. Bei den armen Schwaben und Badener sind es nur 60%. Und das ist über die Jahre immer das Gleiche. Verantwortlich ist der Standort nicht das Wetter. Die wirtschaftliche Situation wird noch kritischer, wenn man berücksichtigt, dass bei uns der Bau wegen größerer Schwachwindräder und schwierigem Gelände 10 bis 15% teurer ist.

Für Rheinland-Pfalz bedeutet das: Der Betrieb von Windfarmen ist ein hochriskantes Geschäft. Nur an wenigen Standorten werden schwarze Zahlen erwirtschaftet. Ein schönes Beispiel und - sicher kein Einzelfall - ist die Pfalzwind GmbH, eine Tochtergesellschaft der Pfalzwerke AG und eine Enkelin der Stadtwerke Mainz AG. Die Pfalzwind GmbH hat seit der Gründung 2003 bis Ende 2014 einen Bilanzverlust von mehr 10 Mio. EUR angehäuft und damit weit über 50% ihres Eigenkapitals aufgezehrt. Gewinne wurden nur in 3 Jahren erzielt. Gewerbesteuer und Gewinnsteuern wurden praktisch keine bezahlt. Die Kommunen gingen leer aus. Und wir reden hier von einem Profi-Laden mit 59 Windrädern und 94 MW Nennleistung hier in Rheinland-Pfalz. Und die Geschäftsführung begründet dies offen und ehrlich mit "weniger Wind als geplant". Der Planer war fast immer Juwi, unser Windfarm-Projekthaus vor Ort.

Wie gesagt: Eine Windfarm in Rheinland-Pfalz ist eine hochriskante Sache. Und nicht zuletzt bedeutet weniger Strom für jeden investierten Euro auch weniger eingespartes CO₂.

Windfarmen - Eine Geldquelle für Kommunen?

Wir halten fest, dass für gewinnorientierte Investoren Rheinland-Pfalz nicht attraktiv ist. Das hat natürlich auch das "Grüne" Wirtschaftsministerium der letzten Landesregierung gemerkt. Also mussten die Kommunen ran. Und natürlich auch die Kommunalen Energieversorger wie die Pfalzwerke oder die Stadtwerke Mainz. Verkauft wird das den Bürgermeistern und Landräten mit zusätzlichen Einnahmen, die durch Windfarmen auf dem Gebiet einer Kommune möglich werden.

Eine Kommune kann zusätzliche Einnahmen über Ausschüttungen nach dem Bau oder bei einer Beteiligung an Windfarmen erzielen und/oder über Gewerbesteuer, Verpachtung von Gemeindeland und Wegerechte. Natürlich nur bei Gewinnen. Bei Bau oder Beteiligung trägt

sie dieselben wirtschaftlichen Risiken wie ein privater Investor. Bei Verpachtung und Wegerechten sind die wirtschaftlichen Risiken weniger offensichtlich: Schlechte Pachtverträge, Verkauf einer Windfarm die Pleite ist, wo ist das Geld für den Rückbau geblieben?

Mit Verpachtung und Wegerechten, das beläuft sich so auf 4 bis 6% vom Stromertrag, kann Geld in die Gemeindekasse fließen. Ist bei der Planung und Abwicklung solcher Projekte etwas schief gelaufen, kann es für die Bürgermeister und Räte schnell eng werden. Ob es gerecht ist, Geld der vielen Stromverbraucher in Gemeindekassen zu lenken, ist eine auch nicht näher diskutierte Frage.

Windfarmen - Rechtliche Risiken für Kommunen und Amtspersonen?

Neben den wirtschaftlichen Risiken, die von Kommunalpolitikern häufig unterschätzt werden, wenn es um Einnahmen für die Gemeindekasse geht, gibt es einige rechtliche Risiken. Folgende Kategorien sind wesentlich.

Erstens: Risiken aus Amtshandlungen, wo Nachteile für die Kommune bewusst in Kauf genommen wurden. Das geht in die Richtung Untreue.

Zweitens: Fehler bei der Dienstaufsicht, z.B. dulden, wenn ein befangenes Ratsmitglied an einer Abstimmung teilnimmt, Zulassen von "vertraulichen" Vereinbarungen, Zulassen von rechtsfehlerhaften Beschlüssen, Verzögern oder Verschleiern von Veröffentlichungen (z.B. Geschäftsberichten von kommunalen Windfarmen) und ähnliches.

Drittens: Verstoß gegen beihilferechtliche Vorschriften. Das ist der Fall, wenn einem Windfarmbetreiber Leistungen der Kommune unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden (Sachbeihilfe) z.B. durch Bau von Erschließungsstraßen oder kostenlose Übernahme von Bürgschaften. Die EU ist da gnadenlos.

Viertens: Es gibt Zweifel, ob Einnahmen von EEG-geförderten Anlagen wie Windfarmen, insbesondere Pacht, etc. überhaupt in den Haushalt einer Gemeinde fließen dürfen, um zur Finanzierung von allgemeinen Ausgaben verwendet zu werden. Die EEG-Förderung ist zu 100% aus der EEG-Umlage der Stromverbraucher finanziert und darf aus verfassungsrechtlichen Gründen für keine anderen öffentlichen Zwecke eingesetzt werden (Verbot von Sonderangaben). Solange das Geld im privatwirtschaftlichen Bereich unterwegs ist, gibt es da keine Probleme. Wenn aber eine Gemeinde Pachteinnahmen im allgemeinen Haushalt verwendet, könnte das verfassungswidrig sein. Richtig wäre hier, dass die Kommunen gesetzlich verpflichtet würden, diese Einnahmen in die große EEG-Ausgleichskasse einzuzahlen. Ohne Klage beim Bundesverfassungsgericht wird es da sicher keine Klärung geben. Aber eine Klage eines Anliegers gegen einen Pachtvertrags mit dieser Begründung könnte einen solchen Prozess anstoßen. Ein Thema für Juristen!

Fünftens: Anlieger, deren Immobilien durch eine Windfarm entwertet werden, könnten einen Teilenteignung geltend machen und dafür eine Entschädigung verlangen. Dies ist z.B. im Rahmen des Braunkohletagebaus ähnlich praktiziert worden. Und ganz aktuell: Die Oberfinanzdirektion NRW hat 2015 einer Absenkung des Einheitswertes solcher Immobilien bei ausreichendem Nachweis zugestimmt.

Windfarmen - Transparenter und offener Umgang mit Einwohnerinnen und Einwohnern
Finanzielle und rechtliche Risiken zu betrachten ist sicher gut. Jeder sollte wissen worauf er sich einlässt.

Schon die Absicht, eine Windfarm bauen zu wollen schlägt hohe Wellen. Die betroffenen "Anlieger" wehren sich. Zu Recht. Die nicht betroffenen würden lieber das Geld in der Gemeindekasse sehen und davon profitieren. Verständlich. Aber das spaltet die Bevölkerung und das ist das letzte, was die "Stromwende" mit all ihren Windfarmen bewirken sollte. Die leider häufige Reaktion der Kommunalpolitiker, solche Themen in die "alternativlos"- oder "nicht zuständig"-Ecke zu schieben, macht alles nur schlimmer.

Auch mit der Transparenz steht es nicht zum Besten. In den letzten 3 - 4 Jahren wurde die früher einmal auf Transparenz angelegte Umsetzung des EEG zunehmend unterlaufen. Seit Ende 2015 ist z.B. der Stromertrag einer Windfarm zu einem Betriebsgeheimnis erklärt worden und deshalb seine Zuordnung zum Standort praktisch unmöglich gemacht worden. Windfarmen werden gebaut. Dann werden sie wie Eigentumswohnungen in kleine Gesellschaften aufgespalten. Nur damit die Geschäftsberichte nach den Regeln kleiner Kapitalgesellschaften weitgehend inhaltlos veröffentlicht werden können.

Ein guter Weg zu Transparenz und Offenheit ist, für alles was rund um ein solches Projekt abläuft, vom ersten Kontakt über alle Genehmigungen bis hin zu den Betriebsergebnissen der Anlagenbetreiber dauerhaft öffentlich zu machen. Bei Genehmigungsverfahren ist auf Rechtsmittel hinzuweisen und alle Vertragspartner der Kommunen sind zu Transparenz zu verpflichten, was in jedem Pacht- oder Gestattungsvertrag vereinbart werden kann. Das muss natürlich konkret festgelegt und von den Räten beschlossen werden. Und Öffentlichkeit lässt sich über eine Internet-Plattform leicht und dauerhaft herstellen. Das Landestransparenzgesetz der verflornten Rot/Grünen-Koalition bietet einen guten Rahmen.

Das Beste dabei ist: Wenn sich keine Fraktion in einem Stadt- oder Gemeinderat zu einer solchen Initiative entschließt, gibt es in §17 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz den Einwohnerantrag. Wenn je nach Größe der Gemeinde 5% bis 2% der Einwohnerinnen oder Einwohner über 16 Jahre einen konkreten Beschlussantrag für den Rat unterschreiben, muss der Antrag nach "Prüfung" der Unterschriften in öffentlicher Sitzung und begründet durch Vertretern die Unterzeichner behandelt und über den Antrag abgestimmt werden. Das Abstimmungsergebnis ist öffentlich bekannt zu geben und begründen. Ich kann mir nicht

vorstellen, dass Ratsmitglieder gegen Transparenz und offenen, ehrlichen Umgang mit den Bürgern stimmen.

Als weiteren Schritt zu Transparenz und Offenheit ist, von den Gemeinden zu verlangen, dass grundsätzlich ein Bürgerentscheid über die Verwendung von Gemeindeland für Windkraftanlagen zu erfolgen hat. Schließlich gehört das Land allen Bürgern einer Gemeinde und nicht der Gemeindeverwaltung oder den Ratsmitgliedern.

Zum Schluss

Irgendwie kaum zu glauben, dass ausgerechnet in den Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo die Grünen nach Fukushima für die "Stromwende" viel Unterstützung erhielten, der Wind so schwach weht. Frau Ex-Ministerin Lemke hat bei uns mit viel Werbeaufwand und Getöse dagegen gehalten. In Baden-Württemberg war und ist es nicht besser.

Unsere neue Landesregierung hält den Ball flach. Von einer neuen Politik ist nichts zu hören. Wir sollten weiter sehr aktiv unsere Positionen vertreten. Mit Transparenz und Bürgerentscheiden setzen wir auf mehr Demokratie und auf informierte Bürger gegen "alternativlose" Ideologie.

Uwe Pilgram ist ...

Schlußwort von einem Juristen:

CUI BONO WINDKRAFTANLAGEN?

„Cui bono?“ = „Wem nützt es?“, fragt der Lateiner, wenn er eine Sache besser verstehen will.

Wem nützt der Bau von Windkraftanlagen in unserer Heimat?

Antwort: Denen, die dafür Geld erhalten.

Eine moderne Windkraftanlage zu bauen, kostet **ca. 4 - 5 Millionen Euro**. Wer so viel Geld investiert, will noch mehr Geld einnehmen. Geld gibt es nicht für die Anlage, sondern nur für den produzierten Strom, wenn dieser in das Strom-Übertragungsnetz eingespeist wird. Nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) erhält der Betreiber der Windkraftanlage so 20 Jahre lang eine **gesetzlich garantierte Vergütung** für jede Kilowattstunde. Die Vergütung wird sogar gezahlt, wenn der Strom nicht in das Übertragungsnetz eingespeist werden kann, weil das Netz überlastet ist.

Zwischenfrage: Woher kommt das Geld?

Antwort: Alle Stromverbraucher zahlen eine EEG-Abgabe auf jede verbrauchte Kilowattstunde Strom. Einige Großverbraucher sind davon ausgenommen. Die Stromverbraucher in Deutschland zahlen zur Zeit etwa insgesamt **23 Milliarden Euro im Jahr** allein für die erneuerbaren Energien (EEGUmlage). Etwa 3 Milliarden davon werden für den Kauf von Strom an den Strombörsen ausgegeben.

Der Rest

- **ca. 20 Milliarden Euro, also: 20 x 1000 x 1 000 000,00 Euro** - fließen also jährlich in andere Taschen, Tendenz steigend!

Wer bekommt das viele Geld?

Es sind vor allem:

- Windkraftplaner und Projektanten (z.B. Ingenieurbüros und Windkraftfirmen)
- Gutachter
- Anlagen- und Netzbetreiber
- Anlagenhersteller
- Baufirmen und Spediteure

- Verpächter von Baugrundstücken
- Grundstückseigentümer für Leitungsrechte, Abstandsflächen, Ausgleichsflächen etc.
- Gemeinden für Wegenutzungen und Leitungsrechte
- Genehmigungsbehörden (z.B. für Genehmigungsgebühren)
- Die landeseigene Stiftung „Natur und Umwelt“ (z.B. Ersatzgelder für Eingriffe in das Landschaftsbild)
- Rechtsanwälte und Notare
- Banken und Investmentfonds
- Wirtschaftsprüfer
- Naturschutzverbände (erhalten Zahlungen aus der landeseigenen Stiftung „Natur und Umwelt“)
- Kommunalpolitiker (erhalten direkte und indirekte Zahlungen)
- Parteien und Parteistiftungen (erhalten Zuwendungen und sind an Investmentfonds beteiligt)
- Lobbyisten und PR-Agenturen (z.B. Bundesverband Windenergie)
- Energieberater (z.B. Energieagentur Rheinland-Pfalz)
- Sonstige, die von der Energiewende profitieren, z. B. Verlage und Autoren, die Zeitungen, Fachbücher und Fachzeitschriften füllen, oder Wissenschaftler, die sich in Forschung und Lehre dem Thema widmen.
- Der Staat erhält die Stromsteuer und die Umsatzsteuer

Windenergie schützt doch das Klima und sorgt für Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaft?

Ja, in der Theorie auf dem Papier, in der Praxis aber gilt: Das Klima wird durch Windräder nicht beeinflusst. Trotz mittlerweile 26.000 Windkraftanlagen in Deutschland ist der CO₂-Ausstoß in Europa NICHT gemindert worden. Der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen steigt sogar.

Es gibt viele Nachteile der Windkraftnutzung:

Nachbarn der Windkraftanlagen leiden unter Lärm und visuellen Beeinträchtigungen.

Grundstücke in der Nähe von Windparks verlieren an Wert.

Wanderwege verlieren ihre Attraktivität.

Das Landschaftsbild wird massiv verändert. Industrieanlagen werden über Feld und Flur verstreut. Vielerorts werden Bäume gefällt und Wälder gerodet, Gräben gezogen, und Feldwege ausgebaut.

> Tiere werden getötet und ihre Wohnstätten zerstört.

> Viele Menschen können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen.

Volkswirtschaftlich ist es Ressourcenverschwendung, unsteten Wind- und Sonnenstrom zu fördern, wenn konventioneller Strom wesentlich billiger ist. Strom aus so genannten „erneuerbaren“ Quellen lässt sich nicht speichern. Zur Stabilisierung der Stromnetze müssen daher immer Reservekraftwerke bereitgehalten werden.

Lohnt sich dieser ganze Aufwand?

Der in Rheinland-Pfalz verbrauchte Strom wird größtenteils importiert. Rheinland-Pfalz hat weder Atomkraftwerke noch Kohlekraftwerke. Das Land spielt aus bundesdeutscher Sicht für die Stromerzeugung und den

Stromverbrauch nur eine Nebenrolle.

Deshalb ist in Rheinland-Pfalz auch kein Neubau von

Höchstspannungsleitungen

geplant. Die geplanten neuen Leitungen führen an

Rheinland-Pfalz vorbei nach Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Der in der Pfalz benötigte Strom (etwa für den Raum Kaiserslautern/ Ramstein und den Raum Frankenthal/Ludwigshafen) stammt vorwiegend aus

dem Kernkraftwerk Cattenom in Lothringen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund völkerrechtlicher Verträge verpflichtet, den Strombedarf der US-Streitkräfte im Raum

Kaiserslautern/

Ramstein sicherzustellen.

³

Das geht aus technischen Gründen nicht mit erneuerbaren Energien, sondern nur mit dem Atomstrom aus Cattenom. Deshalb gibt es das Umspannwerk in Otterbach.

Fazit:

Die Stromversorgung in Rheinland-Pfalz basiert auf konventionellen Kraftwerken. Daran wird sich wohl auch in absehbarer Zukunft nichts ändern.

Weder werden hier mittelfristig Speicherkraftwerke in ausreichender Zahl gebaut werden, noch neue Höchstspannungsleitungen.

Die Windverhältnisse in unserem Land erlauben keinen auch nur annähernd

wirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen.

Die bereits errichteten und die noch geplanten Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz sind überflüssig und viel zu teuer. Sie schaden vielen Menschen und der Natur. Sie zerstören das Landschaftsbild. Sie bringen nur

einigen wenigen Personen kurzfristig Profit. Wir alle werden in einigen Jahren

für den teuren Rückbau der Anlagen bezahlen müssen.

Wir sollten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz unverzüglich zu einer Energiepolitik der Vernunft zurückkehren und:

- **das EEG ersatzlos aufheben (dann werden keine Windkraftanlagen mehr gebaut, weil die Betreiber den Strom selbst vermarkten müssen),**
- **die Energiewirtschaft nach Art. 15 Grundgesetz verstaatlichen (wenn schon so viel Geld damit verdient wird, soll es wenigstens der Staat bekommen),**
- **eine internationale Lösung für den Atommüll finden. Was mit Abrüstungsverträgen für Atomwaffen erreicht wurde, kann auch für die Entsorgung von Atommüll gelingen,**
- **die Verantwortlichen für den angerichteten Schaden haftbar machen.**

Lauterecken, 12.08.2016

Hermann Sonn

Siehe auch: www.ard.mediathek vom 01.08.2016; [www.wandern-gegen-](http://www.wandern-gegen-den)

wind.de; www.energie-mensch-natur.de